

22.1.2014

Familienbund der Katholiken im Erzbistum Paderborn e.V.

FDK

AUSSAGEN ZUM REFERENTENENTWURF KIBIZ



Aussagen des Familienbundes im Erzbistum Paderborn e.V. zum KiBiz-Referentenentwurf vom 10.12.2013

Der vorliegende Referentenentwurf erfüllt die Forderungen des Familienbund im Erzbistum Paderborn e.V. an die Revision des KiBiz nur in sehr kleinen, bescheidenen Schritten. Langfristige Perspektiven fehlen weiter. Das Problem der grundsätzlichen Unterfinanzierung wird nicht bei der Wurzel korrigiert, sondern durch kleine „kosmetische“ Maßnahmen, die den realen Erfordernissen nicht gerecht werden. Zu bedauern ist, dass es der Landesregierung, entgegen ihrer ursprünglichen Absicht, an Kraft zur Erarbeitung eines neuen Gesetzes fehlt und es mit dem vorliegenden Referentenentwurf nur zu kleinen Kurskorrekturen zur Behebung einiger Fehlentwicklungen kommt. In diesem Zusammenhang ist die Abschaffung von Delfin 4 zu begrüßen.

Positiv zu bewerten ist die bessere materielle Ausstattung von Einrichtungen in Sozialräumen mit besonderen Bedarfen. Hier handelt der Gesetzgeber richtig, in dem er ungleiches auch ungleich behandelt. Die angestrebte zusätzliche Förderung in Höhe von € 25.000 über die Förderung der Kindpauschalen hinaus, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Dem Ziel, der inakzeptablen Abhängigkeit individueller Bildungschancen von sozialer Herkunft entgegenzuwirken, wird man dabei aber nur halbherzig gerecht. In NRW ist die Chancengerechtigkeit nicht nur von der sozialen Herkunft her abhängig, sondern auch vom Wohnort. Bessere Chancen für Alle werden nicht durch eine zusätzlich „verordnete“ Sozialraumplanung und -arbeit erreicht, sondern erst durch eine Qualifizierung der Fachkräfte und ein ausreichendes Zeitvolumen. Sozialraum- und Netzwerkarbeit ist zeitintensiv und bindet Personalstunden.

Hinzu kommt, dass die Chance zur Wiedereinführung einheitlicher Elternbeiträge verpasst wird. Aus Sicht von Eltern ist die Höhe der Elternbeiträge ein nicht unwesentlicher Faktor für die Wahl ihres Wohnortes. Die sozialen Zerwürfnisse in den Ballungszentren NRW dürften eher zunehmen, als dass sich die Hoffnung auf mehr Chancengerechtigkeit einstellt.

Wesentlichen Forderungen des Familienbundes zur Revision des KiBiz wird der Entwurf nicht oder nur unzulänglich gerecht wie:

- Rückkehr zu landeseinheitlichen Elternbeiträgen, als Garant für mehr Chancengerechtigkeit für Kinder
- Auskömmliche Finanzierung der Einrichtungen
- Mehr Investitionen in gute Ausbildung für ausreichendes und qualifiziertes Personal
- Elternrechte stärken, Elternmitwirkung ausbauen, Wahlfreiheit ermöglichen
- Einsatz von zusätzlichem hauswirtschaftlichem Personal
- Festschreibung von Vor- und Nachbereitungszeiten im Rahmen der Personalstunden
- Freistellung von Leitungen
- Einführung verbindlicher Qualität Standards

Grundsätzlich zu begrüßen, ist die Einführung einer Verfügungspauschale zur Unterstützung der in den Kindertageseinrichtungen tätigen Fachkräfte von insgesamt 55 Millionen Euro jährlich. Das die Vergabe nach der Größe der Einrichtung erfolgt und über die Jugendämter an die Einrichtungen weitergeleitet wird, begrüßt der Familienbund ebenso, wie das diese Mittel zwingend zur Unterstützung des Personals einzusetzen sind.

Aussagen des Familienbundes im Erzbistum Paderborn e.V. zum KiBiz-Referentenentwurf vom 10.12.2013

Diese Maßnahme schafft sicherlich für das pädagogische Personal in einigen Bereichen etwas Entlastung, kann aber nur ein erster Schritt in eine grundlegende Veränderung einer dringend erforderlichen Erneuerung der Finanzierungsstruktur des KiBiz in seiner Grundstruktur sein. Hier besteht bereits jetzt aktueller Handlungsbedarf, zumal durch andere Änderungen im Gesetz -u.a. Ausweitung von Beobachtung und Dokumentation, sozialraumbezogene Angebote und die Ausweitung des Übermittagangebotes- mehr Arbeit und Fortbildungsbedarf auf das gesamte MitarbeiterInnenteam zukommen. Hierfür sind mehr zusätzliche Stunden notwendig, damit die Qualität der Arbeit den hohen Ansprüchen gerecht bleiben/werden kann.

Festzustellen ist, dass es insgesamt nicht zu einer auskömmlichen Finanzierung der Einrichtungen kommt und die Schere zwischen den jährlichen Steigerungen der Kindpauschale und den realen Kostensteigerungen bei weitem nicht ausreichen, z.B. die Tarifsteigerungen des Personals und die steigenden Energiekosten auszugleichen.

Die Abschaffung von Delfin 4 ist die richtige Konsequenz zur Behebung einer Fehlentwicklung. Die Absicht die bisher im System zur Verfügung stehenden Mittel für die Sprachförderung auch zukünftig zur Verfügung zu stellen, mit dem Ziel diese zielgenauer einzusetzen, ist zu begrüßen. Leider fehlen dem Entwurf die Vorgaben für die konkrete Umsetzung der beabsichtigten alltagsintegrierten Sprachförderung.

Die Sinnhaftigkeit der verbindlichen Bildungsdokumentation ist sicherlich unbestritten. Leider fehlt es in dem Entwurf an zwingend erforderlichen qualitativen Standards, die für das Gelingen einer dialogischen Erziehungs- und Bildungspartnerschaft zum Wohl der Kinder erforderlich sind und zu einer verlässlichen, vergleichbaren Bildungsdokumentation für jedes Kind führen. Die Einwilligung der Eltern ist hierfür einzuholen. Für Eltern, aber auch für ErzieherInnen, bleibt durch das Fehlen qualitativer Standards eine große Unsicherheit. Bei Schwierigkeiten in der konkreten Zusammenarbeit zwischen professioneller und familiärer Erziehung entsteht ein Ungleichgewicht zu Lasten der Eltern, die der Familienbund sehr kritisch sieht. Die Möglichkeit des Widerrufs des Einverständnisses zur Weitergabe der Bildungsdokumentation an die aufnehmende Grundschule ist ein stumpfes Instrument und kann für Kind und Eltern eher zu einem Nachteil führen.

Klar ist, dass der Elementarbereich unterfinanziert bleibt und dem Anspruch „Kein Kind zurücklassen“ nicht gerecht wird.

Auch die 2.Revision des KiBiz bleibt ein Flickenteppich, der keine verlässliche Grundlage im Elementarbereich bietet – und das ist in Bezug auf die beste Bildung und familienergänzende Erziehung sowohl für die Kinder, als auch für die Eltern und für das pädagogische Personal nicht zu verantworten.

Der Familienbund fordert, dass -wie im Koalitionsvertrag angekündigt- zeitnah ein komplett überarbeitetes neues Gesetz vorgelegt wird, das den heutigen Ansprüchen an eine kindgerechte und den sozialen Herausforderungen entsprechende Bildungsarbeit gerecht wird und den im Elementarbereich tätigen Fachkräften die hierfür benötigten zeitlichen, finanziellen und fachlichen Ressourcen in ausreichendem Maße zur Verfügung stellt , damit der Elementarbereich sicher und verlässlich aufgestellt und ausgebaut werden kann.

Paderborn, den 22.01.2014